

Umwelt Klima Gerechtigkeit

Junge Aktivist*innen
schützen!

PLANET
OVER
PROFIT



 terre des hommes
Hilfe für Kinder in Not

»Wenn die Politiker*innen weiterhin immer nur Sitzungen abhalten und das Problem nicht mal ansatzweise angehen, werden wir zu einem Museum der Sitzungen.«

Mulenga Bwalya Caleb (22), rechts im Bild, Student und Umweltaktivist aus Kabwe in Sambia



Inhalt

- 3 Vorwort
- 4 Fakten: Umweltaktivist*innen in Gefahr
- 6 Ausgewählte Fälle aus Kolumbien, den Philippinen, Nepal und Pakistan
- 10 Der General Comment No. 26 zur UN-Kinderrechtskonvention
- 11 Forderungen an die Bundesregierung

Titelbild:

Jugendliche in den Philippinen bei einer Protestaktion gegen Umweltverschmutzung und Klimaverbrechen

© George Buid/ZUMA Press Wire



terre des hommes e.V.
Hilfe für Kinder in Not
Ruppenkampstraße 11a
49 084 Osnabrück

info@tdh.de, www.tdh.de
Telefon 05 41/71 01-0
Telefax 05 41/70 72 33

Spendenkonto / IBAN:
DE34 2655 0105 0000 0111 22
Sparkasse Osnabrück
BIC NOLADE22XXX

Folgen Sie uns auf



Texte und Redaktion:
Petra Kilian, Iris Stolz,
Stephan Pohlmann,
Wolf-Christian Ramm
(verantwortlich)

Redaktionsassistentz:
Angela Neumann

Satz: sec GmbH, Osnabrück
Druck: Levien-Druck GmbH,
Osnabrück

Auflage: 2.500, November 2023
Bestellnummer: 301.1420.00
Gedruckt auf
100 % Recycling-Papier



Liebe Leserin, lieber Leser,

jedes Kind hat das Recht auf eine gesunde Umwelt. Was bedeutet das konkret? Im Sommer 2023 hat der Ausschuss der Vereinten Nationen für die Rechte des Kindes klare Antworten auf diese Frage gegeben – im sogenannten *General Comment No. 26*. terre des hommes hat über zehn Jahre dafür gekämpft und wurde schließlich von den Vereinten Nationen zum offiziellen Partner für den General Comment berufen. Wir sind stolz, dass terre des hommes hinsichtlich der Beteiligung von Kindern neue Standards setzen konnte: Mehr als 16.000 Beiträge von Kindern aus 121 Ländern sind in die Erarbeitung des General Comments eingeflossen.

Alle 196 Staaten, die der Kinderrechtskonvention zugestimmt haben, sind jetzt in der Verantwortung, das Recht auf eine gesunde Umwelt zu verwirklichen.

Konkret bedeutet dies, dass Regierungen wirksame Gesetze erlassen und Maßnahmen ergreifen müssen, um unter anderem die Luftqualität zu verbessern, Zugang zu sauberem Wasser zu gewährleisten, die Energiewende voranzutreiben, Biodiversität zu schützen und wiederherzustellen sowie den Einsatz giftiger Stoffe zu regulieren.

Bislang sieht die Praxis in den meisten Ländern anders aus. Und nicht nur das:

Aktivist*innen, die sich für das Recht auf eine gesunde Umwelt einsetzen, werden oft kriminalisiert, bedroht oder sogar getötet.

Regierungen schauen weg, wenn Wirtschaftsinteressen und Geschäfte, die der Umwelt schaden, mit Gewalt durchgesetzt werden. Oder sie beteiligen sich sogar an Repressalien gegen Umweltschützer*innen. terre des hommes will das nicht hinnehmen und ruft dazu auf, Umweltaktivist*innen besser zu schützen und darauf zu drängen, dass Gewalt gegen sie nicht straflos bleibt. Zur Umsetzung des Kinderrechts auf eine gesunde Umwelt sind wir auf sie und ihren mutigen Einsatz angewiesen.

Ihr

Joshua Hofert
Vorstandssprecher terre des hommes

Verklagt, bedroht, getötet

Umweltaktivist*innen in Gefahr

Auf den eigenen Rechten zu beharren, ist gefährlich in vielen Ländern. Das gilt besonders für das Recht auf eine gesunde Umwelt. Denn wenn wirtschaftliche Interessen verfolgt werden, sind Umwelt- und Klimaschützer*innen oft im Weg. 177 von ihnen wurden 2022 ermordet.

2. September 2023: Die beiden Studentinnen Jonila Castro (21) and Jhed Tamano (22) werden in der philippinischen Provinz Bataan von vier bewaffneten Männern in einen grauen SUV gezwungen und verschleppt. Sie gehören einer Umweltorganisation an, die sich gegen Großprojekte in der Manila Bay engagiert. Denn diese zerstören das Ökosystem der Küste und Fischerfamilien werden vertrieben.

3. September 2023: In Kolumbien wird der 27-jährige Johan Ferney Aguilar González ermordet aufgefunden. Sein Vater, ein bekannter Aktivist im Kampf gegen umweltschädliche Bergbauprojekte in seiner Heimatprovinz Tolima, hatte einen Tag davor Drohungen gegen sich und seine Familie öffentlich gemacht. Auch Johan engagierte sich gegen die Ausbeutung der Bodenschätze.

2022 wurden nach Angaben der Menschenrechtsorganisation Global Witness 177 Morde an Umwelt- und Landrechte-Aktivist*innen registriert, unter den Opfern sind auch fünf Kinder. Das ist jedoch nur die Spitze des Eisbergs. Die Dunkelziffer wird erheblich höher eingeschätzt.

Unbekannt ist auch die Zahl derer, die kriminalisiert, schikaniert und bedroht werden, weil sie sich unter Berufung auf ihre Rechte gegen Landgrabbing, Umweltzerstörung und den Raubbau an der Natur engagieren.

Sie leisten Widerstand, wenn Großkonzerne fossile Rohstoffe oder lukrative Metalle aus der Erde holen und dabei Böden, Wasserquellen und Ökosysteme zerstören. Sie verteidigen Wälder, die großflächig gerodet werden sollen, um für die Viehwirtschaft, Palmöl- oder Soja-Plantagen Platz zu machen. Sie engagieren sich gegen Mega-Staudämme, die nicht nur die Ökosysteme von lebenswichtigen Flüssen zerstören, sondern auch ganze Dörfer vernichten.

Anzahl der Morde an Umweltaktivist*innen (2012 bis 2021) im Zusammenhang mit einzelnen Industriezweigen. Bei 871 der 1.733 in diesem Zeitraum registrierten Morde konnte ein Zusammenhang – meist wegen fehlender oder mangelhafter Ermittlungen – nicht bestätigt werden.

Sonstige 54

Wilderei 79

Wasserkraft 96

Abholzung 153

Agrarindustrie 168

Extraktive Industrien

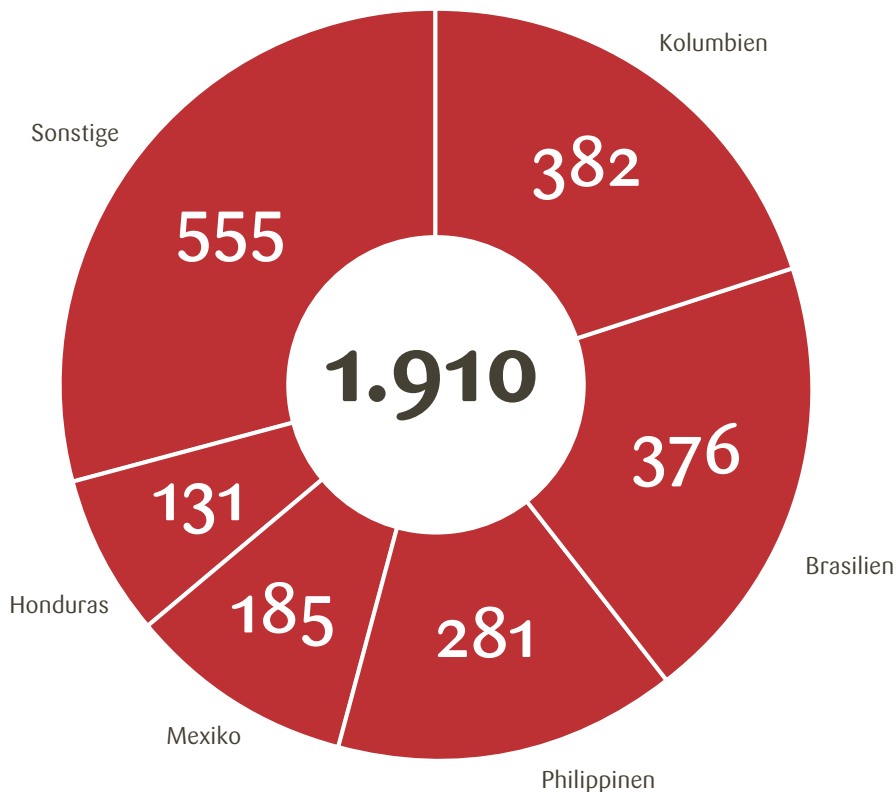
312

Viele von ihnen sind Angehörige indigener und kleinbäuerlicher Gemeinschaften. Für sie sind gesunde Böden und ausreichend sauberes Wasser die Lebensgrundlage. Auch deshalb stellen sie sich Landgrabbing und Umweltzerstörung entgegen.

Die Verteidigung des Rechts auf eine gesunde Umwelt erfordert in vielen Ländern enormen Mut.

Zahllose Aktivist*innen setzen sich Kriminalisierung, Diskreditierung und Demütigungen aus – und riskieren ihr Leben, damit auch kommende Generationen auf der Welt ein gutes Zuhause finden. Ihnen gebührt unser Respekt und unsere Solidarität.

Länder, in denen die meisten Umweltaktivist*innen ermordet wurden (2012 bis 2022)



DIE FAKTEN

Im Jahr 2022 wurden 177 Menschen getötet, weil sie sich für ihr Recht auf eine gesunde Umwelt und den Schutz ihres Landes einsetzten. Zwischen 2012 und 2022 waren es insgesamt 1.910. Es ist davon auszugehen, dass die Dunkelziffer erheblich größer ist.

Die meisten Morde an Umweltaktivist*innen wurden zwischen 2012 und 2022 in Kolumbien (382), in Brasilien (376), und in den Philippinen (281) registriert. Auch 2022 stand Kolumbien mit 60 Morden an erster Stelle.

312 Morde können mit dem Protest der Opfer gegen extraktive Industrien in Zusammenhang gebracht werden, 168 Opfer hatten sich gegen agrarindustrielle Projekte gewehrt (2012 bis 2021).

36 Prozent der 2022 Ermordeten gehörten zu indigenen Gemeinschaften.

Die meisten Morde an Umweltaktivist*innen bleiben straflos. Nur sehr selten sind Täter*innen verfolgt und zur Rechenschaft gezogen worden.

Quellen:

Standing firm: The Land and Environmental Defenders on the frontlines of the climate crisis
Global Witness, Sept. 2023

www.globalwitness.org/en/campaigns/environmental-activists/numbers-lethal-attacks-against-defenders-2012 (Oct. 2023)



»Natürlich macht das Angst«

Gewaltfrei setzt sich Daniela für den Schutz der Umwelt und die Kinder ihres Volkes ein – und wird deswegen bedroht

© terre des hommes

KOLUMBIEN

Kolumbien ist für Umweltschutzaktivist*innen eines der gefährlichsten Länder der Welt. Und in keiner Region des Landes werden mehr Aktivist*innen ermordet als im Cauca. Trotz der Bedrohung kämpft Daniela (24) für die Wälder und Wasserquellen ihres Volkes. Und für die Kinder.

»Ich bin Mitglied der Kiwe Thegnas. Wir sind die Selbstverteidigungsgruppe meines Volkes, der Nasa. Gewaltfrei setzen wir uns für Harmonie und *Buen Vivir* ein, das ›Gute Leben‹ für alle im Einklang mit der Natur. Unser Kampf für Frieden bringt uns in Konflikt mit Guerillas, Drogenkartellen und der Agrarindustrie. Denn die fruchtbare Erde unserer Berge ist begehrt. Wälder werden vernichtet, um Platz zu schaffen für riesige Zuckerrohrfelder und den illegalen Anbau von Coca. Die eingesetzten Chemikalien vergiften unsere Wasserquellen.

Zu meinen Aufgaben gehört es, Kindern unsere Geschichte und die Achtung vor Mutter Natur zu lehren. Das Wissen ist gleichzeitig ein Schutz: Wer zu den Kiwe Thegnas gehört, wird nicht so leicht von bewaffneten Gruppen rekrutiert. Geschieht es doch, versuchen wir die Jugendlichen zum Austritt zu bewegen. Oft mit Erfolg und zum Ärger der Kriminellen.

Ich habe Familienangehörige verloren und Führer*innen meines Volkes. Sie haben den Preis dafür gezahlt, dass sie sich den bewaffneten Gruppen widersetzt haben. Auch ich wurde bedroht. Sie sagten, ich solle aufhören, öffentlich zu sprechen. Ich würde ihre Geschäfte stören. Es ist beunruhigend, von jemandem zu hören: ›Wenn du dich weiter in euren Versammlungen zu Wort meldest, könnten wir dir etwas antun‹. Direkt vor meiner Haustür fragten sie mich, ob ich in einem Sarg enden will. Natürlich macht das Angst. Für eine Weile bin ich weggegangen aus meinem Dorf. Aber viele Jugendliche sagten: ›Wir wollen nicht, dass du gehst. Du bist die Stimme für diejenigen, die Angst haben, sich zu äußern.‹ Das gab mir die Kraft weiterzukämpfen. Ich werde das Erbe meiner Großeltern fortsetzen. Ich werde weiter das Leben verteidigen.«

»Wie würdest du dich entscheiden?«

Angel droht der Ausschluss aus dem Studium, weil sie sich gegen illegalen Sandabbau wehrt

PHILIPPINEN

Verschwindenlassen, willkürliche Inhaftierungen, Drohungen – philippinische Aktivist*innen leben gefährlich. Felipe García*, Direktor einer Kinderrechtsorganisation, berichtet, wie selbst junge Aktivist*innen von Polizei und Militär unter Druck gesetzt werden.

»Sich für seine Rechte stark zu machen, ist gefährlich. *Red Tagging* nennen wir es, wenn Polizei oder Militär jemandem vorwerfen, der kommunistischen Partei und der *New People's Army (NPA)*, ihrem bewaffneten Arm, nahe zu stehen. Durch *Red Tagging* wird die Person zum Freiwild, denn Kommunist*innen gelten als Staatsfeinde. Erst kürzlich wurde Angel* dieser Vorwurf gemacht, einer jungen Frau aus unserem Netzwerk.

Angel ist 20. Seit der Grundschule setzt sie sich für Umweltschutz ein. Heute studiert sie und ist eine wichtige Stimme für Klimagerechtigkeit.

Der Grund für den Angriff gegen sie ist ihr Engagement für den Schutz eines Flusses. Dort wird Sand und Kies abgebaut. Dafür gibt es feste Quoten. Wird nämlich zu viel abgebaut, hat das gravierende Auswirkungen: Laichgebiete werden zerstört, zusätzliches Algenwachstum kann das Ökosystem aus dem Gleichgewicht bringen. Oft kommt es zu Überschwemmungen. In Flussdeltas höhlt der Sandabbau den natürlichen Küstenschutz aus. Doch die wenigsten halten sich an die offiziellen Mengen. Abgebaut wird rund um die Uhr. Jede Tonne Sand erhöht den Gewinn.

Eigentlich werden die Arbeiten staatlich überwacht. Doch Politik und Wirtschaft sind eng verflochten. In Angels Fall gehört die Abbaufirma dem Gouverneur der Provinz. Der Bürgermeister ist sein Sohn. Angel gab Interviews im Fernsehen, informierte auf Social Media über die überschrittene Fördermenge und erinnerte die Aufsichtsbehörde an ihre Verpflichtung – bis ihre Ausbilder*innen an der Hochschule ihr vorwarfen, der kommunistischen Partei nahe zu stehen.

Unter ihnen sind ehemalige Polizist*innen und Militärs. Sie drohten ihr: Wenn sie ihr Engagement nicht einstelle, dürfe sie nicht weiterstudieren. Dass sie nur dank eines Stipendiums zur Uni gehen kann, setzt sie weiter unter Druck. Wie würdest du dich entscheiden?«

**Die Namen wurden aus Sicherheitsgründen geändert.*



Erfahrt mehr über die vier mutigen Aktivist*innen und weitere junge Umweltschützer*innen auf www.tdh.de/umwelt-klima-gerechtigkeit

Der Dudhmati ist ein bedeutender Fluss für Hindus, Geburtsort der Göttin Sita. Doch der heilige Strom ist zu einer Müllkippe verkommen. Seit vier Jahren kämpft Aanand (21) gegen Müllberge und Landspekulant*innen – und erfährt deswegen zunehmend Gegenwind.

»Mein Großvater hat noch aus dem Dudhmati getrunken. Heute geht das nicht mehr. Fabriken leiten ihre Abwässer ungefiltert ein. Und weil es bei uns keine Müllhalde gibt, werfen auch die Menschen alles in den Dudhmati. Statt Flusswasser zu trinken, müssen wir nun Wasser aus dem Boden holen. Und dafür immer tiefer graben.

Seit ich 13 bin, engagiere ich mich für Kinderrechte. Mit 17 begann ich, für den Schutz des Dudhmati zu kämpfen. Damals hatte die Verwaltung beschlossen, Abwasserkanäle direkt mit dem Fluss zu verbinden. Damit wäre noch mehr Müll in den Dudhmati gespült worden. Gemeinsam mit Freund*innen begann ich, Briefe an die Lokalregierung zu schreiben, gegen das Kanalprojekt zu protestieren und Clean-Ups zu organisieren.

Es gelang uns, die Kanäle in unserer Gemeinde zu verhindern. Aber die Verwaltung baute sie einfach weiter unten am Fluss, wo es keinen Widerstand gab. Uns war klar: Wir müssen mehr

machen. Seitdem fordern wir Politik und Behörden auf, ihrer Verantwortung gerecht zu werden. Wir pflanzen am Flussufer Bäume, machen Informationskampagnen und geben Workshops in Schulen.

Das finden nicht alle gut. Wegen unseres Einsatzes können die Menschen nicht mehr problemlos ihren Müll im Dudhmati entsorgen. Viele denken, wir würden dafür bezahlt – und beschimpfen uns. Vor einiger Zeit haben einflussreiche Leute angefangen, am Ufer zu bauen. Das treibt die Preise nach oben. Und je mehr Geld zu verdienen ist, desto größer wird der Gegenwind. Mittlerweile erhalten wir Drohanrufe.

Ich setze große Hoffnung auf das vom Kinderrechtsausschuss der Vereinten Nationen bestätigte Kinderrecht auf eine gesunde Umwelt. Wichtig ist jetzt, dass die Regierungen die Vorgaben umsetzen. Auch auf dem Land. Auch in kleinen, marginalisierten Kommunen wie unserer, die anfällig für Umweltbedrohungen sind.«

NEPAL

»Je mehr Geld zu verdienen ist, desto größer wird der Gegenwind«

Aanand kämpft für den heiligen Fluss Dudhmati – gegen Müllverschmutzung und Landspekulation



»Ich kämpfe mit meiner Stimme«

Muqaddas will die Mangroven retten. Das stört die Geschäfte krimineller Unternehmer*innen und einflussreicher Politiker*innen



© Creek studio

PAKISTAN

Muqaddas Tahir (20) engagiert sich beim Pakistan Fisherfolk Forum (PFF) für den Schutz der Mangroven in ihrer Heimat Pakistan. Das bringt sie in Konflikt mit all jenen, die am Geschäft mit dem Holz und dem Land verdienen.

»Vor zwei Jahren sah ich, wie Männer an einem Bach Mangroven abholzten. Ich war schockiert – und nahm den Kampf gegen die Holzmafia und die Landräuber*innen auf, die unsere wertvollen Mangroven, majestätische Beschützerinnen unserer Natur, roden, um Holz und Bauland zu gewinnen.

Ich kämpfe mit meiner Stimme. Indem ich in unseren Gemeinschaften ein Bewusstsein schaffe und Mädchen ermutige, sich für dieses lebenswichtige Ökosystem einzusetzen.

Als junge Frau ist es nicht einfach, sich gegen die Mächtigen zu behaupten. Vor allem, weil die Kriminellen oft von einflussreichen Personen – in der Politik, bei der Polizei – unterstützt werden. Unser Einsatz für eine saubere Umwelt stört ihre Geschäfte. Aktivist*innen von PFF wurden bedroht, verhaftet und entführt, weil sie sich gegen die rücksichtslose

Erschließung der Küste und der vorgelagerten Inseln einsetzen, weil sie sich gegen den oft illegalen Fischfang durch pakistanische und ausländische Trawler engagieren, der die Fischbestände mittlerweile dramatisch reduziert hat.

Auch ich erhalte Drohungen über die Sozialen Medien. Leider missbilligen sogar einige meiner männlichen Verwandten meinen Aktivismus. Das verletzt mich tief. Aber wenn ich sehe, wie ein winziges Pflänzchen inmitten von Widrigkeiten um sein Gedeihen kämpft, dann bestärkt mich das in meiner Entschlossenheit.

Mein Ziel ist ein tatsächliches, umfassendes Abholzungsverbot von Mangroven an der gesamten Küste. Strenge Strafen für diejenigen, die dagegen verstoßen, würden dieses wichtige Ökosystem schützen.«

Umweltaktivist*innen verteidigen Kinderrechte

UN-Kinderrechtskonvention:
Freie Meinungsäußerung
darf nicht unterdrückt werden

Im Sommer 2023 verabschiedete der Kinderrechtsausschuss der Vereinten Nationen den sogenannten General Comment No. 26. Er stellte damit offiziell klar: Jedes Kind hat das Recht, in einer sauberen, gesunden und nachhaltigen Umwelt aufzuwachsen.

Grundlage ist die UN-Kinderrechtskonvention. 196 Staaten haben sie ratifiziert, in nationales Recht überführt und sich damit zu Grundrechten jedes Kindes bekannt – zum Beispiel zu einem Recht auf Gesundheit; auf Leben, Überleben und Entwicklung; und darauf, die eigene Meinung frei äußern zu dürfen.

Nun ist klar: Wenn es um diese Kinderrechte geht, dürfen Staaten die Folgen ihres Handelns auf Klima und Umwelt nicht länger ignorieren. Sie müssen deutlich entschlossener handeln, um die Erderwärmung zu begrenzen, das Artensterben zu stoppen und die Umweltverschmutzung einzudämmen.

Und sie müssen endlich auf das hören, was Kinder zu sagen haben. Denn obwohl Klima- und Umweltprobleme ganz besonders ihr Leben und ihre Zukunft betreffen, sind Kinder und Jugendliche bisher von praktisch allen Entscheidungen darüber ausgeschlossen. Jungen Menschen bleibt oft allein der zivile Protest, der vor diesem Hintergrund besonderen Schutz verdient.



Erfahrt mehr über den
General Comment No. 26 auf
childrightsenvironment.org



Termin in Genf: Bei der Entwicklung des General Comment No. 26 wurde der UN-Kinderrechtsausschuss von zwölf Kindern aus zwölf Ländern beraten. Insgesamt brachten 16.331 Kinder aus 121 Ländern ihre Forderungen ein.

General Comment

Child rights, environment and climate change

General Comment No. 26, Paragraph 30

Kinder, die von ihrem Recht auf freie Meinungsäußerung Gebrauch machen oder sich an Protesten zu Umweltfragen beteiligen [...], sind häufig Drohungen, Einschüchterungen, Schikanen und anderen schwerwiegenden Repressalien ausgesetzt. Die Staaten sind verpflichtet, [...] einen sicheren und bestärkenden Rahmen für Initiativen [zu] schaffen, die von Kindern zur Verteidigung der Menschenrechte in Schulen und anderen Einrichtungen organisiert werden. [...] Gesetze, einschließlich derjenigen, die sich auf Verleumdung und üble Nachrede beziehen, dürfen nicht zur Unterdrückung der Rechte von Kindern missbraucht werden. [...] Die Staaten sollten Gesetze zum Schutz von minderjährigen Menschenrechtsverteidiger*innen in Übereinstimmung mit internationalen Menschenrechtsstandards verabschieden und umsetzen.

Junge Aktivist*innen, die für Umwelt- und Klimaschutz eintreten, stehen also fest auf dem Fundament der Kinder- und Menschenrechte. Und sie verteidigen ein Grundrecht jedes Kindes. Ein Grundrecht, das von den Vereinten Nationen jüngst ausdrücklich bestätigt wurde – und das nach wie vor weltweit systematisch gebrochen wird.

Es geht um ihre Zukunft:
Der Protest von Kindern und Jugendlichen verdient besonderen Schutz.



Forderungen an die Bundesregierung:

Junge Aktivist*innen schützen

Klimawandel und Umweltzerstörung machen vor keiner Grenze halt. In einer globalisierten Welt ist die Bundesrepublik Deutschland keine unbeteiligte Zuschauerin, wenn in Kolumbien, in Kenia, in Nepal oder auf den Philippinen Umweltschützer*innen drangsaliert und bedroht werden. Unsere Lieferketten und unsere wirtschaftlichen Verflechtungen, aber auch unsere diplomatischen Beziehungen reichen bis an die Bergwerke und Rodungen, Flüsse und Küstengebiete heran, an denen junge Aktivist*innen heute ihre Zukunft riskieren, um die Zukunft ihrer und kommender Generationen zu retten. In Ländern, in denen Recht und

Gesetz junge Aktivist*innen nicht oder nicht ausreichend schützen können. Und dort, wo Menschenrechte und Meinungsfreiheit keine Rolle spielen und der Staat selbst zur Bedrohung werden kann.

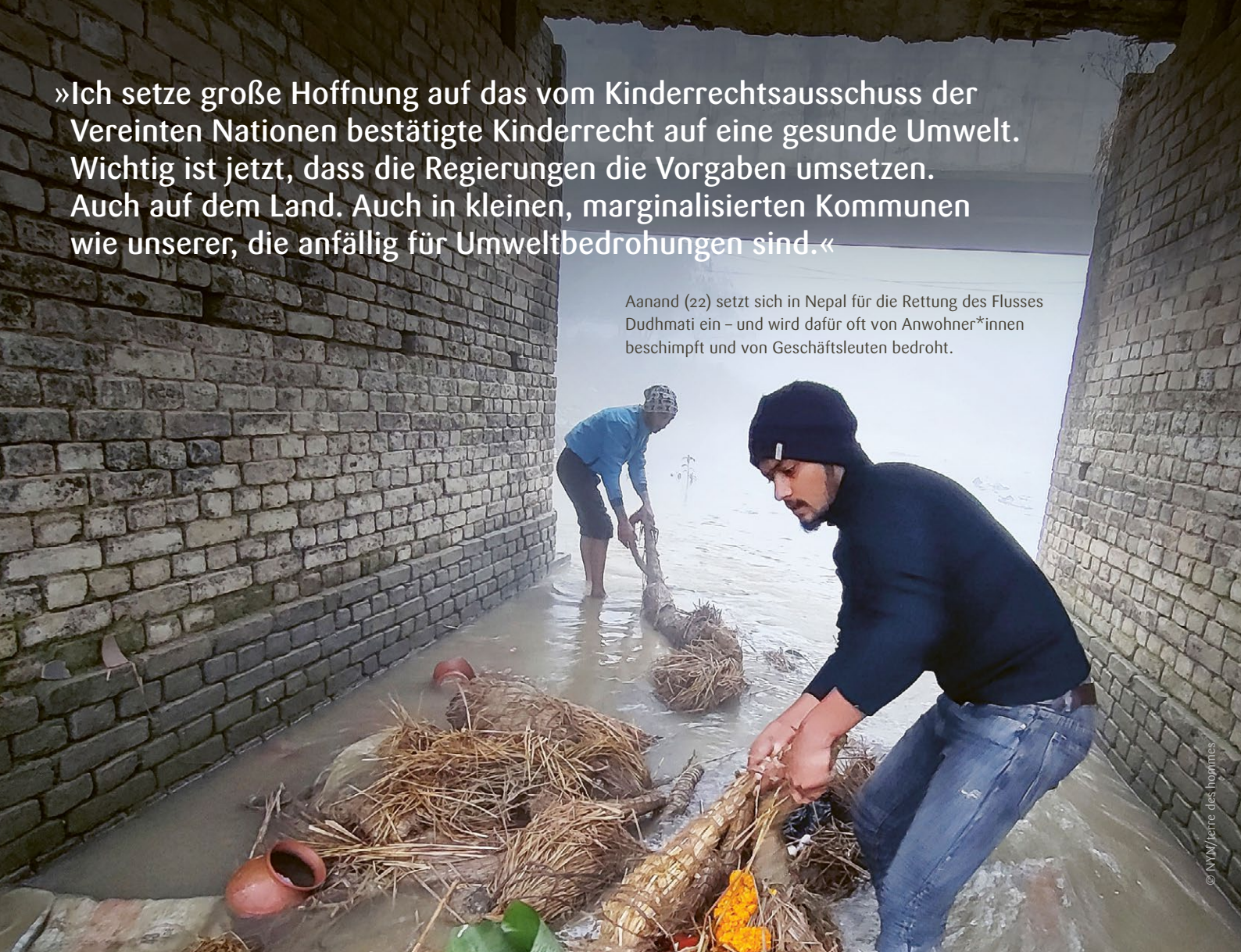
Deutschland hat sowohl die Menschenrechts- als auch die Kinderrechtskonvention der Vereinten Nationen ratifiziert. Beide sichern sowohl ein Recht auf freie Meinungsäußerung als auch ein Recht auf eine gesunde Umwelt.

terre des hommes fordert, dass die Bundesregierung diesem Bekenntnis Taten folgen lässt:

- 1 Die Bundesregierung muss alle diplomatischen Wege nutzen, um junge Menschen, die sich für eine saubere Umwelt und Klimagerechtigkeit einsetzen, vor Willkür und Repressionen zu schützen.
- 2 Die Bundesregierung muss die finanziellen Mittel zur Unterstützung zivilgesellschaftlicher Initiativen im globalen Süden weiter ausbauen – es braucht mehr statt weniger Geld für Entwicklungszusammenarbeit und internationale Klimafinanzierung.
- 3 Die Bundesregierung muss die Durchsetzung der Kinder- und Menschenrechte zum zentralen Ansatz ihrer Außen-, Klima- und Entwicklungspolitik machen und dabei den neuen General Comment No. 26 der Vereinten Nationen zum Kinderrecht auf eine gesunde Umwelt befolgen.

»Ich setze große Hoffnung auf das vom Kinderrechtsausschuss der Vereinten Nationen bestätigte Kinderrecht auf eine gesunde Umwelt. Wichtig ist jetzt, dass die Regierungen die Vorgaben umsetzen. Auch auf dem Land. Auch in kleinen, marginalisierten Kommunen wie unserer, die anfällig für Umweltbedrohungen sind.«

Aanand (22) setzt sich in Nepal für die Rettung des Flusses Dudhmati ein – und wird dafür oft von Anwohner*innen beschimpft und von Geschäftsleuten bedroht.



terre des hommes e.V.
Hilfe für Kinder in Not
Ruppenkampstraße 11a
49 084 Osnabrück

www.tdh.de

Spendenkonto
DE34 2655 0105 0000 0111 22
Sparkasse Osnabrück
BIC NOLADE22XXX



 terre des hommes
Hilfe für Kinder in Not

© NVM/terre des hommes